

28.02.2022

Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses
Frau Barbara Ostmeier

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/7270

Schriftliche Stellungnahme zu

a) Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustauschs

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 19/3546

b) Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Befugnisse zur Bestands- und Nutzungsdatenerhebung im Landesverwaltungsgesetz an die Neuordnung der Ermittlungsbefugnisse im Bundesrecht

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Drucksache 19/3564

Sehr geehrte Frau Ostmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung zu den Gesetzesentwürfen.

Zu dem Gesetzentwurf a) verweisen wir auf unsere beigefügte Stellungnahme vom 09.12.2021, in der wir den Gesetzentwurf in der jetzigen Form begrüßen und darauf hinweisen, dass die Erfahrungen sowie die Evaluation aus den Pilotprojekten für das Hochrisikomanagement genutzt werden sollten, um gegebenenfalls das Gesetz nachzubessern.

Zu dem Gesetzentwurf b): Keine Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Hansen
Geschäftsführung KIK SH

gez. Katharina Wulf

Katharina Wulf
Geschäftsführung LFSH

Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung
des Landes Schleswig-Holstein

Schriftliche Anhörung zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der bereichsspezifischen Datenübermittlungsbefugnisse des Landesverwaltungsgesetzes in Fällen von Gewalt im sozialen Nahbereich zur Verbesserung eines institutionen- und behördenübergreifenden Informationsaustauschs

09.12.2021

Sehr geehrter Herr Dr. Reinhold,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Beteiligung im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung.

Wir begrüßen die Erweiterung des § 201a um die situationsbezogene Datenübermittlung. Diese gewährleistet eine rechtssichere Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten der Fallkonferenzen, um im Austausch die Handlungsoptionen zum verbesserten Schutz auszuloten. Auch die Ausdehnung des neuen Absatzes (4) auf die Gefahrenlage für die Person und ihr nahestehende Personen, sowie die Möglichkeit zur Hilfe und Unterstützung erweiterte Anknüpfungssachverhalte weiterleiten zu können und die Ausweitung auf weitere Personen bei Gewalt im Nahbereich und Stalking, ist zu befürworten.

Neben der Feststellung der Gefahrenlage setzt der Entwurf das Einverständnis der gefährdeten Person zwingend voraus für die Datenübermittlung. Demnach können ohne Einverständnis keine Fallkonferenzen unter Beteiligung der Polizei stattfinden.

Die Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz besagen, dass die Zustimmung der gefährdeten Personen in den meisten Fällen eingeholt werden kann. Dennoch bleibt die Frage offen,

welche alternativen Handlungsmöglichkeiten bestehen, wenn über die Risikoanalysetools ODARA oder Danger Assessment eine erhebliche Gefahrenlage festgestellt wird und die gefährdete Person ihre Zustimmung verweigert, weil sie z.B. sehr große Angst hat und ihr das Vertrauen in die Schutzmöglichkeiten fehlt. Wird so ein Fall einer beteiligten Einrichtung bekannt, kann das im Rahmen der Fallkonferenzen nicht thematisiert werden, da dann eine Beteiligung der Polizei ausgeschlossen ist. Sollte der Fall bei der Polizei selbst bekannt werden, kann ebenfalls keine gemeinsame Situationsbewertung erfolgen, um opferspezifische und effektive Maßnahmen zu erarbeiten, da der Fall durch die Polizei nicht in eine Fallkonferenz eingebracht werden darf. Es wäre nur eine Zusammenarbeit mit anderen Behörden, nicht aber mit z. B. Frauenfacheinrichtungen möglich.

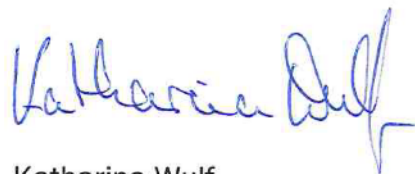
Aus unserer Sicht wäre es daher zielführend, auf den Punkt „Einverständnis“ ein besonderes Augenmerk zu legen und die Erfahrungen aus den Pilotprojekten in der PD Ratzeburg und Flensburg zu evaluieren, um den Gesetzentwurf gegebenenfalls nachzubessern.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Hansen

Geschäftsführung KIK SH



Katharina Wulf

Geschäftsführung LFSH